**Stadtvertretung
der Landeshauptstadt
Schwerin**

Tagesordnungspunkt

☒ öffentlich	
☐ nicht öffentlich	

Datum: 12.04.2016

**Änderungsmitteilung zur
Drucksache Nr.**

00677/2016

Antragsteller Ralph Martini ASK

Bearbeiter:

Telefon:

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

☐ Finanzen	☐ Hauptausschuss	☒ Stadtvertretung
☐ Rechnungsprüfung		
☐ Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung		
☐ Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften		
☐ Bildung, Sport und Soziales		
☐ Kultur, Gesundheit und Bürgerservice		
☐ Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr		
☐ Jugendhilfeausschuss		
☐		

Beschluss am: Januar 2016

Betreff

Nach Stellungnahme der Verwaltung: Änderung zu Denkmalschutz Roghaner Straße

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung erteilt der Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion als Untere Denkmalschutzbehörde die Weisung:

1. Den § 26 DSchG M-V ist Grundlage dieses Antrages anzuwenden – die Anzeigenpflicht wird somit erfüllt. Um Schadensersatzforderungen zu vermeiden, ist die Obere Denkmalschutzbehörde in die Entscheidung miteinzubeziehen und laut Maßgabe des Gesetzes die Denkmalfachbehörde einzuschalten.
2. Die Stadtvertretung wird über die Ergebnisse der Anzeige bei der Fachbehörde in Kenntnis gesetzt.
3. Bis zu einem Einvernehmen der Unteren und oberen Denkmalschutzbehörde sind die Sanierungspläne zu auszusetzen.

Begründung

Die unter Schutzstellung ist zwingend notwendig, da es laut Denkmalschutzgesetz M-V, verlangt wird. Weiter heißt es, dass „wer ein Denkmal beseitigen, verändern, an einen anderen Ort verbringen oder die bisherige Nutzung des Denkmals ändern will, muss sich dies genehmigen lassen.“ Gleiches gilt für Maßnahmen im Umfeld eines Denkmals (Umgebungsschutz), wenn diese das Erscheinungsbild oder die Substanz des Denkmals stark beeinträchtigen.

Eine Genehmigung wird erteilt – ggf. auch mit Auflagen –, wenn ein öffentliches Interesse an der Maßnahme besteht oder wenn die Maßnahme unter denkmalpflegerischen Aspekten erfolgt und keine sonstigen Gründe des Denkmalschutzes entgegenstehen. Zuständig hierfür sind die unteren Denkmalschutzbehörden, die im Einvernehmen mit der Denkmalfachbehörde darüber entscheiden

Eigentümer, Besitzer und **Unterhaltungspflichtige** (Stadt Schwerin) ... sind nach § 6 DSchG M-V verpflichtet, ... im Rahmen des Zumutbaren instand zu setzen und zu erhalten. Das Land, der Landkreis und die Gemeinde können nach Maßgabe ihrer Haushalte hierzu durch Zuwendungen beitragen.

Um eine eventuelle Schadensforderung nach § 26 DSchG M-V zu vermeiden, ist die Obere Denkmalschutzbehörde in die Entscheidung mit einzubeziehen. Dort heißt es im Wortlaut:

„§ 11 Fund von Denkmalen

(1) Wer Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gemäß § 2 Abs. 1 ein öffentliches Interesse besteht, hat dies unverzüglich anzuzeigen.

Anzeigepflicht besteht für

- den Entdecker,

- den Leiter der Arbeiten,

- den Grundeigentümer,

- zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen.

(2) Die Anzeige hat gegenüber der unteren Denkmalschutzbehörde zu erfolgen. Sie leitet die Anzeige unverzüglich an die Denkmalfachbehörde weiter.“

Die Gesamtausgabe des Gesetzes ist hier abrufbar: <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psm1?showdoccase=1&doc.id=jlr-DSchGMVpP1&doc.part=X&doc.origin=bs>

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

gez. Ralph Martini